

**GEMEINSAME
PRESSEMITTEILUNG
BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT DER
PATIENTINNENSTELLEN
UND
VEREIN DEMOKRATISCHER
ÄRZTINNEN UND ÄRZTE (VDÄÄ)**

Freitag, 11. April 2003

**Rürup-Kommission
will PatientInnen weiter zur
Kasse bitten!**

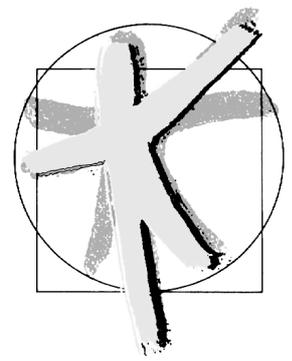
15 Euro Praxisgebühr: unzumutbare Belastung für PatientInnen mit falscher Steuerungswirkung

Krankengeld darf nicht ausgegliedert werden

Neue Zuzahlungen bei Zahnersatz bergen Folgekosten

In der Rürup-Kommission haben sich offensichtlich die Wirtschaftstechnokraten durchgesetzt. „Das ist ein Sparkonzept ausschließlich zu Lasten der PatientInnen!“, so Gregor Bornes, Sprecher der BAGP.

Die BAGP lehnt die Einführung einer pauschalen Praxisgebühr beim Arztbesuch ab. Ausnahmeregelungen für Chroniker, Familien und sozial Schwache beheben den Webfehler nicht. „Die Folge wird sein, dass die Menschen eher zu spät zum Arzt gehen und dann erheblich teurere Folgekosten entstehen.“ meint Gregor Bornes.



BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT DER
PATIENTINNENSTELLEN
-GESCHÄFTSSTELLE-

AUENSTR. 31
80469 MÜNCHEN

TELEFON 089 / 76755131
FAX 089 / 7250474

e-mail:
mail@patientenstellen.de

internet:
http://patientenstellen.de

INFO-TELEFON:
MONTAG-DONNERSTAG
13-14 UHR

VEREIN
DEMOKRATISCHER
ÄRZTINNEN UND ÄRZTE

WIELANDSTR. 10
60318 FRANKFURT

TELEFON
069/779366

mail:
info@vdaeae.de

PatientInnen dürfen nicht noch mehr finanziell geschröpft werden, wenn die Politik es nicht schafft, die Finanzierung des Systems nachhaltig zu reorganisieren.

Die weiteren Belastungen beim Zahnersatz sind abzulehnen, da sie langfristig zu Kostensteigerungen durch das Krankwerden derer führen, die sich keine adäquate Versorgung mehr leisten können.

Das gestern von der Rürup-Kommission präsentierte Papier ist geprägt von der Mehrheit der Wirtschaftsexperten in dem Gremium. Es ist zu erwarten, dass bis Mai die Katze aus dem Sack gelassen wird und Bert Rürups Kopfpauschalenmodell präsentiert wird. Die BAGP fordert zu massivem Widerstand dagegen auf, denn dies würde den endgültigen Abschied vom Solidarprinzip in der Krankenversicherung bedeuten.

„Wir werden uns diesen Vorschlägen massiv widersetzen und alle Hebel in Bewegung setzen, die wir erreichen können, um diese dramatische Entsolidarisierung der GKV zu stoppen!“, so Gregor Bornes.

Dagegen ist der Vorschlag der Sozialpolitiker unter der Führung von Karl W. Lauterbach zum Ausbau der GKV zu einer Erwerbstätigenversicherung ein Vorschlag, der in die richtige Richtung geht.

Verantwortlich: Emmeram Raßhofer, Geschäftsstelle der BAGP